



HESSISCHER LANDTAG

10. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Bahnlärm wirksam reduzieren - Anwohner schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht in der Entwicklung sowie dem Ausbau des Güter- und Personenverkehrs für Hessen, Deutschland und Europa eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Hierbei müssen wirtschaftliche Erfordernisse mit den Anforderungen an Lärmschutz und Umweltverträglichkeit sorgsam abgewogen werden, vor allem auch im Schienengüterverkehr.
2. Der Landtag befürwortet, die Planung und den Neubau einer Entlastungsstrecke für den Güterfernverkehr zur Verbesserung der Schienenkapazität im Güter- und Personenfernverkehr in Hessen und zur Entlastung der Trassen im Mittelrheintal zu prüfen. Dies erfolgt vor folgendem Hintergrund:
 - a) Von der EU wird der Güterverkehrskorridor Zeebrugge - Antwerpen/Rotterdam - Duisburg - (Basel) - Mailand - Genua als ein zentraler Güterverkehrskorridor in Europa betrachtet. Des Weiteren geht der "Masterplan Güterverkehr und Logistik" der Bundesregierung von einer Steigerung des Güterverkehrs für alle Verkehrsträger von 71 v.H. zwischen 2004 und 2025 aus.
 - b) Das Rheintal ist bereits jetzt eine der am stärksten lärmbelasteten Güterverkehrsstrecken Deutschlands. Mit derzeit mehreren hundert Güterzügen pro Tag ist für die Anwohner die Grenze des Zumutbaren bereits lange überschritten. Das Gleisbett ist in Teilbereichen schon über 100 Jahre alt und entspricht somit nicht mehr den heutigen Anforderungen an einen Hochleistungsschienenverkehr.
 - c) Die Tatsache, dass das UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal von Rüdesheim/Bingen bis Koblenz als Kulturlandschaft eine weit über die Region hinausreichende, internationale Bedeutung besitzt, sollte in den zukünftigen Planungen von Deutscher Bahn AG und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stärkere Berücksichtigung finden. Die UNESCO hatte schon 2002 im Anerkennungsverfahren auf den dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der erheblichen Lärmproblematik hingewiesen.
3. Der Landtag bestärkt die Landesregierung darin, zur zeitnahen Verbesserung der momentanen Situation im Rheintal und an anderen, durch Schienengüterverkehr stark belasteten Strecken in Hessen gegenüber der Deutschen Bahn AG, dem Bund und der Europäischen Union nachdrücklich für eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung einzutreten. Hierbei sind ortsspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen und nachfolgende Aspekte zu beachten:
 - a) Um aktiv Lärmschutz zu betreiben, müssen auch ökonomische Anreize geschaffen werden. Die vom Schienengüterverkehr zu entrichtenden Trassennutzungsentgelte müssen zeitnah lärmabhängig gestaffelt werden, sodass für laute Güterwagen und Lokomotiven Zuschläge erhoben werden, während für lärmarme Wagen und Lokomotiven deutliche Rabatte als Anreiz zum Einsatz lärmgeminderter Fahrzeuge gewährt werden.

- b) Unabhängig von einer anzustrebenden EU-Regelung soll die Deutsche Bahn AG auch mit Unterstützung des Bundes die Umrüstung des Güterwagenbestandes auf moderne, geräuscharme Bremssysteme nach dem Stand der Technik kurzfristig einleiten.
 - c) Über den bislang erreichten Stand des passiven Lärmschutzes hinaus sind unabhängig von den zu verändernden rechtlichen Bestimmungen weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Erschütterungen und der Lärmbelastungen erforderlich. Die Erprobung von Masse-Feder-Systemen im Gleisbett und von Niedrigschallschutzwänden muss zügig erfolgen. Die erfolgreichsten Maßnahmen müssen unmittelbar nach Abschluss der Erprobung in allen geeigneten Ortslagen im Rheintal implementiert werden.
 - d) Es ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang sog. Lärmkontingente sowie fahrzeugbezogene Lärmgrenzwerte auch für Bestandsfahrzeuge zu einer nachhaltigen Reduzierung der Lärmbelastung einen Beitrag leisten können.
4. Gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie wurde eine Lärmkartierung erstellt. Auf Basis dieser Lärmkartierung müssen nun schnellstmöglich die erforderlichen Lärmaktionspläne angefertigt werden.

Begründung:

Hessen ist zentrale Verkehrsdrehscheibe in Europa und Transitland im innereuropäischen Warenverkehr, sowohl in Nord-Süd- als auch in Ost-West-Richtung. Trotz insgesamt aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage sinkender Frachtmengen wird der langfristige Trend durch den "Masterplan Güterverkehr und Logistik" der Bundesregierung richtig beschrieben, der von einer Steigerung des Güterverkehrs über alle Verkehrsträger von 71 v.H. zwischen 2004 und 2025 ausgeht. Wegen der zu erwartenden Verlagerung des Alpentransits auf die Schiene und der neuen Schienenanbindung der Häfen wird der Nord-Süd-Güterbahnverkehr zwischen den Nordseehäfen und Italien besonders hohe Steigerungsraten aufweisen. Dies betrifft auch den West-Ost-Güterbahnverkehr, da mit der Eröffnung des europaweiten Wettbewerbs und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten auch hier steigender Warenverkehr zu erwarten ist. Für die Anwohner in den stark lärmbelasteten Bereichen besteht daher dringender Handlungsbedarf. Da rund 50 v.H. des heutigen Schienengüterverkehrs grenzüberschreitend stattfinden, sind ebenfalls europaweit koordinierte Maßnahmen unabdingbar.

Wiesbaden, 10. November 2009

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch